

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

09.03.2022

Inhalt

EWN

1 Lubmin will keine Ukrainer <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 09.03.2022</i>	3
2 Wirtschaft in Angst vor steigenden Energiepreisen <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 08.03.2022</i>	4
3 Bundesamt sieht kaum Gefahr für Deutschland <i>tagesschau.de, 08.03.2022</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 09.03.2022 | S. 8

📄 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

👤 Martina Rathke

PUTINS KRIEG

Lubmin will keine Ukrainer

Bürgermeister begründet Weigerung mit erhöhter Bedrohungslage

Erhöhte Anschlaggefahr am Anlandepunkt der beiden Nord-Stream-Trassen? Mit dem Krieg Putins gegen die Ukraine und den hitzigen politischen Diskussionen über die russischen Gasleitungen steigt in Lubmin die Nervosität. Bürgermeister Axel Vogt (parteilos) sieht eine erhöhte Anschlaggefahr für das Industrieareal, in dem nicht nur die Nord Stream 1 und 2 anlanden, sondern etwa zwei Kilometer vom Anlandepunkt entfernt auch das Atom-Zwischenlager steht. Wegen der angeblich erhöhten Bedrohungslage wies er die Kurverwaltung jetzt an, keine Unterkünfte für ukrainische Flüchtlinge in dem Seebad zu vermitteln oder zur Verfügung zu stellen.

Es habe in den vergangenen Tagen Sachbeschädigungen am Sicherheitszaun des Hafens gegeben, seeseitig hätten unbekannte Schiffe versucht, anzulegen. Zudem seien Zimmerbuchungen für angebliche Flüchtlinge eingegangen. „Wir können aber die Identitäten dieser Menschen nicht überprüfen“, begründete er das Aufnahmeverbot. Die Lage sei derzeit diffus.

Seine Aussagen sorgen in der Gemeinde für Irritationen - und darüber hinaus. Es lägen zur Zeit keine Informationen über eine akute Bedrohungslage vor, auch nicht für Lubmin, sagte Innenminister Christian Pe-

gel (SPD). Dennoch habe die Polizei die Präsenz mit Kriegsbeginn rund um die kerntechnischen Anlagen wie auch die Anlandungsstation von Nord Stream 1 und 2 in Lubmin verstärkt. Pegel appellierte an die Lubminer: „Den Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten zu helfen, ist das Beste, was Sie zur Zeit tun können.“

In der Bevölkerung und auch in den sozialen Medien ist von unbegründeter Panikmache die Rede. Diese Angst schürenden Äußerungen seien nicht gut, die Menschen seien bereits wegen des Krieges verunsichert, sagte Ingo Gudusch, der in Spandowerhagen in Nähe des Industriegebietes wohnt. Ihm sei auch nicht klar, warum gerade ukrainische Flüchtlinge die Bedrohungslage erhöhen sollten.

Im Zwischenlager stehen 74 Castoren mit hoch radioaktivem Abfall. Durch die Nord Stream 1 fließt noch russisches Gas, auch wenn Putin inzwischen mit einem Lieferstopp gedroht hat. Die Gazprom-Tochter Nord Stream 2 soll im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen Russland vor dem Aus stehen und hatte alle Mitarbeiter entlassen. Die Gascade GmbH, die die Festlandleitung Eugal betreibt, hatte danach die Betriebssicherung der Nord Stream 2 übernommen.

 SVZ.de (Schweriner Volkszeitung) | 08.03.2022 dpa WEBLINK**SCHWERIN**

Wirtschaft in Angst vor steigenden Energiepreisen

Die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern hat einen beschleunigten Umstieg der Energieversorgung auf Erneuerbare sowie staatliche Unterstützung beim Strompreis gefordert. Die Politik müsse dafür sorgen, dass der sauberste Strom nicht der teuerste sei, forderte die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern (IHK) in Mecklenburg-Vorpommern am Dienstag. „Um wirtschaftlich zu arbeiten, müssen besonders produzierende Unternehmen einen attraktiven Preis erhalten“, verlangte der geschäftsführende Präsident der IHKn in MV, Matthias Belke. Anderenfalls drohe Abwanderung.

Der Krieg gegen die Ukraine offenbare das Dilemma der deutschen Energiepolitik der vergangenen Jahre: Der Ausstieg aus der Atomenergie, der geplante Kohleausstieg und eine hohe Lieferabhängigkeit bei Gas gefährdeten ohne einen zügigen Umstieg auf alternative Energien die Sicherheit der Energieversorgung im Land. Die Versorgungssicherheit müsse an vorderster

Stelle stehen. Die Erneuerbaren Energien, besonders der Windstrom im Norden, seien die Ressourcen, die vor Ort schnellstmöglich ausgebaut und in kompletten Wertschöpfungsketten genutzt werden müssten. Die Politik müsse die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Geschäftsmodelle setzen. Dies gelte besonders beim Wasserstoff.

MÖGLICHER ATOMUNFALL IN DER UKRAINE

Bundesamt sieht kaum Gefahr für Deutschland

Ein möglicher Atomunfall im Kriegsgebiet der Ukraine birgt für Deutschland nur geringe Gefahr. Das zeigt eine Analyse des Bundesamts für Strahlenschutz. Man sollte sich vielmehr um die Menschen vor Ort.

Eine mögliche Beschädigung von Atomkraftwerken durch den Krieg in der Ukraine birgt für Deutschland laut einer aktuellen Analyse des Bundesamts für Strahlenschutz nur wenig Gefahr. "Wir haben das für den Fall des größten ukrainischen Kraftwerks, Saporischschja, durchgespielt", sagte der Leiter der Abteilung Notfallschutz des Bundesamtes, Florian Gering, der "Welt". Dabei sei analysiert worden, mit welchen Folgen bei einem "massiven Unfall zu rechnen wäre".

Radioaktiver Niederschlag unwahrscheinlich

Die gute Nachricht: "Die Auswirkungen für Deutschland wären gering", so Gering. "Nur in 17 Prozent der Wetterlagen würden radioaktive Stoffe überhaupt nach Westen getragen, denn dort herrscht meist Westwind." Die Daten seien repräsentativ. Geringes "größte Sorge" ist stattdessen, dass es durch kriegsbedingte Schäden an ukrainischen Atomkraftwerken zu einer Freisetzung radioaktiver Stoffe kommt, "die dann zu einer Gefährdung der Menschen vor Ort führen wür-

de", sagte Gering weiter. Das Ministerium für Umweltschutz und nukleare Sicherheit sieht derzeit keinen Anlass für Vorsorgemaßnahmen in Deutschland. "Spezielle Verhaltenshinweise oder Empfehlungen für die Bevölkerung sind im Hinblick auf radiologische Risiken derzeit nicht notwendig", sagte ein Sprecher.

Amt: Keine Jodtabletten einnehmen

"Einer der wichtigsten Hinweise aktuell ist, dass wir von einer selbstständigen Einnahme von Jodtabletten in Deutschland dringend abraten. Eine Selbstmedikation birgt erhebliche gesundheitliche Risiken, hat aktuell aber keinerlei Nutzen." Nach Angriffen russischer Truppen auf das ukrainische Atomkraftwerk Saporischschja sowie die Atomruine von Tschernobyl hatte es Befürchtungen vor einem erneuten Atomunfall wie in den 1980ern gegeben. Damals hatten radioaktive Partikel durch ungünstige Witterung auch weite Teile Deutschlands erreicht.